

405695-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Tragwerksplanungsleistungen Neugestaltung Buchenbrandareal Schönau
OJ S 131/2024 08/07/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gemeindeverwaltungsverband Schönau

E-Mail: info@schoenau-im-schwarzwald.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Tragwerksplanungsleistungen Neugestaltung Buchenbrandareal Schönau

Beschreibung: Gegenstand des Verfahrens sind Tragwerksplanungsleistungen nach HOAI 2021 für die Neugestaltung des Buchenbrandareals in Schönau.

Kennung des Verfahrens: 9bc47fc2-3d5d-4a7b-80fd-7d57ed6868cb

Verfahrensart: Offenes Verfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Schönau im Schwarzwald

Postleitzahl: 79677

Land, Gliederung (NUTS): Lörrach (DE139)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 186 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Die Abgabe kann ausschließlich elektronisch über das Vergabeportal erfolgen. Hierzu ist eine kostenfreie Registrierung auf dem Vergabeportal erforderlich bzw. eine Anmeldung mit der bereits vorhandenen Kennung. Eine Abgabe in Papierform, per E-Mail oder Fax ist nach den Vergabebestimmungen nicht zulässig. Mit dem Teilnahmeantrag sind das Honorarangebot sowie die Unterlagen zum Nachweis der Eignung und zur Auswertung der Zuschlagskriterien einzureichen bzw. entsprechende Angaben zu machen. Wertungsrelevante Nachweise und Angaben sind zwingend mit dem Teilnahmeantrag einzureichen und können nicht nachgereicht werden. Weitere Unterlagen

über die verlangten Erklärungen, Nachweise und Referenzen hinaus sind nicht erwünscht und werden bei der Wertung nicht berücksichtigt. Die Unterzeichnung des Antrags kann entweder mit qualifizierter oder fortgeschrittener Signatur oder in Textform nach § 126b BGB zu erfolgen, dies gilt als Unterschrift für alle Anlagen. Für die Unterschrift in Textform ist nur der Name des Bewerbenden, der das Angebot bzw. den Teilnahmeantrag einreicht, an der dafür vorgesehenen Stelle in den Unterlagen anzugeben. Eine elektronische Signatur ist grundsätzlich nicht erforderlich. Enthalten die Teilnahmeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat er den Auftraggeber vor Abgabe der Bewerbung darauf hinzuweisen. Fragen sind in Textform bis spätestens 23.07.2024 12:00 Uhr über das Vergabeportal unter "Bieterkommunikation" an die Vergabestelle einzureichen. Die Fragen werden in Abhängigkeit von der technischen und/oder (vergabe)rechtlichen Komplexität baldmöglichst beantwortet. Die entsprechenden Antworten werden im Bereich „Vergabeunterlagen“ eingestellt und sind für alle Bewerber einsehbar. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Informationen bei der Erstellung Ihres Angebots berücksichtigt werden. Auskünfte und Informationen werden nur im Falle einer vorherigen Registrierung an die E-Mail-Adresse versandt, die Sie bei der Registrierung im System hinterlegt haben. Wir empfehlen Ihnen daher, eine Registrierung mit einer zentralen E-Mail-Adresse bzw. eine Vertretungsberechtigung einzurichten. Vom Teilnehmer ist sicherzustellen, dass bei einer Registrierung eine gültige E-Mail-Adresse hinterlegt ist. Weitere Informationen zur Bedienung des Systems finden sich im Vergabeportal im Bereich „Bedienungsanleitungen“. Bei Fragen zur Bedienung des Systems können Sie sich gerne an die technische Hotline von subreport wenden: 0221 985 78-0. Die genannte Planungsaufgabe gem. § 51 HOAI soll über das Vergabeverfahren ab LPH 1 stufenweise vergeben werden. Mit Auftragsvergabe sollen die Leistungsphasen 1 bis 3 beauftragt werden, die Beauftragung der Leistungsphase 4 bis 6 sowie der besonderen Leistungen Erdbebennachweis und Objektüberwachung erfolgt ggf. stufenweise im Laufe der Projektausarbeitung. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller Leistungsphasen besteht nicht. Es wird darauf hingewiesen, dass das Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden- Württemberg (LTMG) sowie das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz) Anwendung finden. Die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen, insbesondere auch bei dem Einsatz von Nach- und Verleihunternehmen, sind daher zu beachten.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Gemäß § 122 Abs. 1 GWB dürfen öffentliche Aufträge nur an geeignete Unternehmen vergeben werden, die nicht aufgrund der in § 123 und §124 GWB beschriebenen Gründe ausgeschlossen wurden. Zwingende Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB liegen beispielsweise vor, wenn eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße rechtskräftig festgesetzt wurde (z.B. wegen Bildung krimineller oder terroristischer Vereinigungen, Geldwäsche, Betrug, Bestechlichkeit, Nichtzahlung von Steuern, Abgaben oder Sozialversicherungsbeiträgen, usw.). Fakultative Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB liegen vor, wenn beispielsweise bei der Ausübung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde, ein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet wurde, nachweislich eine schwere Verfehlung begangen wurde (z.B. Unterschlagung, Erpressung),

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen mit anderen Unternehmen getroffen wurden, usw. Von einem Ausschluss kann abgesehen werden, wenn ein Nachweis der erfolgreichen Selbstreinigung gemäß § 125 GWB vorliegt. Dafür muss das Unternehmen aktiv und umfassend an der Sachverhaltsaufklärung mitwirken, eine Schadenswiedergutmachung betreiben und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass vergleichbare Rechtsverstöße in Zukunft vermieden werden.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Tragwerksplanung Neugestaltung Buchenbrandareal Schönau

Beschreibung: Gegenstand des Verfahrens sind Tragwerksplanungsleistungen nach HOAI 2021 für die Neugestaltung des Buchenbrandareals in Schönau. Ausgangslage: Auf dem Buchenbrandareal der Stadt Schönau befinden sich aktuell folgende Gebäude mit unterschiedlichen Anforderungen an eine Umgestaltung bzw. Erweiterung: • die neue Mehrzweckhalle • die Buchenbrandhalle • die Gemeinschaftsschule Oberes Wiesental • der Kindergarten Buchenbrand • die Buchenbrand-Grundschule Die neue Mehrzweckhalle der Stadt Schönau im Schwarzwald wurde im Juni 2021 fertiggestellt und übernimmt die Funktionen der Buchenbrandhalle. Die Buchenbrandhalle soll umgebaut und anderweitig genutzt werden. Bis Ende September 2024 ist die Buchenbrandhalle an den Landkreis Lörrach zur Unterbringung von Flüchtlingen vermietet. Die Flüchtlinge können im Anschluss anderweitig untergebracht werden. Eine Besichtigung ist jederzeit möglich. Die Gemeinschaftsschule Oberes Wiesental benötigt 4 weitere Klassenräume. 2 Unterrichtsräume sind aktuell außerdem ausgelagert und sollen wieder in das Gebäude integriert werden. Die Buchenbrandgrundschule muss ab dem Schuljahr 2026/2027 stufenweise eine verlässliche Nachmittagsbetreuung einführen, die auch ein warmes Mittagessen beinhaltet. (siehe auch <https://km-bw.de/Lde/startseite/schule/rechtsanspruch-ganztagsbetreuung-im-grundschulalter>) Der Kindergarten soll um eine weitere U3-Gruppe erweitert werden und benötigt damit insgesamt 4 Gruppenräume (2x U3 und 2x Ü3) Die aktuellen Räumlichkeiten sind außerdem schon jetzt nicht mehr ausreichend und in der Nutzung eingeschränkt. Sicht- und Lärmschutz des Außengeländes sind nicht ausreichend. Der Außenbereich für die U3-Kinder ist ebenfalls verbesserungsbedürftig. Die Mensa der Gemeinschaftsschule ist aktuell in zwei ehemaligen Klassenräumen und einem ehemaligen Archiv / Kellerraum der Gemeinschaftsschule untergebracht. Die Kapazitäten sind nicht mehr ausreichend und es wird ein weiter steigender Bedarf erwartet. In der Mensaküche wird auch Essen für die Kindergartenkinder vorbereitet, das in den Kindergarten gebracht wird. Der Jugendraum des GVV Schönau befindet sich aktuell im Keller des Rathauses. Ein bedarfsgerecht gestaltetes Außengelände mit Street-Workout, Mini-Soccerfield, Scater-Platz, Tischtennisanlagen, Basketballkörbe etc. ist auf dem Buchenbrand-Areal vorhanden. Das Integrationsbüro des GVV Schönau ist aktuell in einem Gebäude in Schönau zur Miete untergebracht. Anforderungen an die Planung: Die vorhandene Bausubstanz von Buchenbrandhalle und Kindergarten soll soweit möglich erhalten bleiben. Ein Umbau soll derart erfolgen, dass sie das Angebot der oben genannten Einrichtungen des Buchenbrand-Areals im Rahmen der bestehenden Anforderungen möglichst optimal ergänzen. Grundsätzlich ist so zu planen, dass die Funktionalität der Gebäude im Vordergrund steht. Durch die Auslagerung der Mensa werden zwei ehemalige Klassenräume in der Gemeinschaftsschule wieder frei. Dort sollen zwei aktuell ausgelagerte Unterrichtsräume wieder in das Gebäude integriert werden. Darüber hinaus müssen für die Gemeinschaftsschule Räumlichkeiten für 4 zusätzliche Klassenzimmer entstehen. Der Kindergarten soll einen weiteren Gruppenraum für U3-Kinder erhalten. Zukünftige Erweiterungsmöglichkeiten für den Kindergarten sollten mitgedacht werden. Alle

Kindergartenräume sollen in der umzuplanenden Buchenbrandhalle untergebracht werden. Ein Abriss des bestehenden Gebäudes sollte aber möglichst vermieden werden. Auf dem Buchenbrand-Areal soll eine Mensa entstehen mit ausreichend Kapazitäten, um Gemeinschaftsschule, Grundschule und Kindergarten versorgen zu können. Vom Kindergarten sollte die Mensa schnell und möglichst ohne Wege im Freien erreichbar sein. Der Essensraum sollte durch Trennwände teilbar sein und auch über einen separaten Bereich für Kinder, die eigenes Essen mitbringen, verfügen. Zum Zeitpunkt der angestrebten Baufertigstellung (Schuljahr 2027 / 2028) wird eine Gesamtzahl von ca. 270 Schul- und Kindergartenkindern erwartet, die ein warmes Mittagessen in der Mensa benötigen. Zukünftige Erweiterungsmöglichkeiten sollten mitgedacht werden. Der Jugendraum des Gemeindeverwaltungsverbandes Schönau und das Integrationsbüro sollen auf das Buchenbrandareal verlegt werden. Außerdem werden auf dem Gelände Multifunktionsräume entstehen, die als Besprechungsräume für das Integrationsbüro, für Familien- / Erziehungsberatung, Elterngespräche von Kindergarten und Schulen etc. genutzt werden. Das Integrationsbüro benötigt darüber hinaus ein festes Büro mit zwei PC-Arbeitsplätzen. Diese Räume können sowohl in der unnutzbaren Buchenbrandhalle als auch im dann freiwerdenden Gebäude des Buchenbrandkindergartens eingeplant werden.
Interne Kennung: E67242286

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Beauftragung umfasst die Sanierung und den Umbau der alten Buchenbrandhalle. Die Bereiche Sanierung alter Kindergarten sowie die Umnutzung der alten Mensa sollen optional beauftragt werden.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Schönau im Schwarzwald

Postleitzahl: 79677

Land, Gliederung (NUTS): Lörrach (DE139)

Land: Deutschland

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Zugelassene Unternehmensformen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Verfahren zugelassen sind Einzelunternehmen, GbR, GmbH, Bergwerkgemeinschaft oder andere mit Angabe der Nr. der Eintragung in einem öffentlichen Register und Registergericht oder Genehmigungsbehörde falls zutreffend.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Nachweis des besonderen Berufsstandes gem. § 75 (1) und (3) VgV

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Nachweis des besonderen Berufsstandes, § 75 (1) und (3) VgV: Natürliche Personen erfüllen die fachlichen Anforderungen, wenn sie über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis für Tragwerksplanung verfügen, dessen Anerkennung den Vorgaben von Berufsqualifikationen entspricht, die berechtigen in der Bundesrepublik Deutschland als Tragwerksplaner/-in tätig zu werden. Juristische Personen sind nur zugelassen, wenn zu ihrem satzungsgemäßen Geschäftszweck Planungsleistungen gehören, die der anstehenden Planungsaufgabe entsprechen und wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen benennen, der die zuvor genannten Zulassungsvoraussetzungen erfüllt. Nachweis bei Bewerbern mit Sitz in einem EU-Staat durch Vorlage durch das nach dem Recht des Herkunftsstaates des Bewerbers maßgeblichen Dokuments gemäß Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Erforderliche Angaben und Nachweise

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Nachweis der Eignung des Unternehmens bzw. der Bergwerkgemeinschaft wird anhand der nachfolgend geforderten Erläuterungen und Nachweise geprüft. 1. Angaben zum Bewerber (Name und Rechtsform des Unternehmens, Vertretung, Kontaktdaten). 2. Erklärung zur Zusammensetzung bei einer Bewerber-/Bietergemeinschaft (§ 43 VgV). 3. Erklärung zu vorgesehenen Nachunternehmerleistungen, sofern im Auftragsfall Teile des Auftrags als Unterauftrag an Nachunternehmen vergeben werden sollen (§ 36 VgV). 4. Eigenerklärung zu einer beabsichtigten Eignungsleihe, sofern zum Nachweis der Eignung die Leistungsfähigkeit eines anderen Unternehmens in Anspruch genommen wird (§ 47 VgV). 5. Eigenerklärung, dass die Leistungserbringung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgt, insbesondere durch wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen und dass keine Interessen bestehen, die im Widerspruch zur Ausführung des Auftrags stehen oder diese nachteilig beeinflussen könnten (§ 46 Abs. 2 VgV). 6. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 und § 124 GWB. 7. Eigenerklärung, dass die Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden- Württemberg (LTMG) erfüllt werden. 8. Eigenerklärung zur Einhaltung der Sanktionen der EU gegen russische Unternehmen / Personen / Lieferanten (Auftragsverbot). 9. Eigenerklärung, dass das Unternehmen über den gesamten Leistungszeitraum über eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung in Höhe von mind. 2,0 Mio. Euro für Personenschäden und mind. 2,0 Mio. Euro für Sachschäden verfügen. Die Schadensersatzleistung muss mindestens das Zweifache der Versicherungssumme pro Jahr betragen (§ 45 Abs.1 Nr. 3 und Abs. 4 Nr. 2 VgV). 10. Nachweis besondere Berufsqualifikation gemäß § 75 VgV (siehe Nr. III.2.1). 11.

Angaben zum vorgesehenen Projektteam gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV (Name und Qualifikation der Projektleitung, Stellvertretende Projektleitung, Bauleitung). 12. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit Eignungsprüfung gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV.
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenzobjekt

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Als geeignet werden Bewerber eingestuft, die ein Referenzobjekt gemäß den Mindestanforderungen erbracht haben. Vorgaben zu

Mindestforderungen: 1) Eignungsprüfung des Büros allgemein: • Es handelt sich um eine Sanierung / Umbau eines Nichtwohngebäudes. • Referenzprojekt mind. in HZ III gem. § 52 HOAI eingeordnet. • Die Inbetriebnahme des Referenzobjektes ist zum Zeitpunkt der Bekanntmachung abgeschlossen und liegt nicht länger als 5 Jahre zurück. • Es wurden mind. vier aufeinanderfolgende Leistungsphasen vollständig selbst erbracht. • Vergleichbare Größenordnung (Kostengruppen 300 + 400) mind. 2 Mio. € netto.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Zuschlagskriterium 1: Technische und Berufliche Leistungsfähigkeit:

Referenzobjekte (40 %, 40 Punkte)

Beschreibung: Referenzobjekt 1: 20 % (20 Punkte) • Es handelt sich um eine Sanierung / einen Umbau eines Nichtwohngebäudes mit Aufstockung oder Einbau einer Zwischenebene. • Referenzprojekt mind. in HZ III gem. § 52 HOAI eingeordnet • Die Inbetriebnahme des Referenzprojektes ist zum Zeitpunkt der Bekanntmachung abgeschlossen und liegt nicht länger als 7 Jahre zurück. • Es wurden mind. die Leistungsphasen 2 – 6 vollständig selbst erbracht. • Vergleichbare Größenordnung (Kostengruppen 300 + 400) mind. 2,5 Mio. € netto 1 vergleichbares Objekt: 20 Punkte Referenzobjekt 2: 20 % (20 Punkte) • Es handelt sich um eine Sanierung / einen Umbau eines Nichtwohngebäudes. • Referenzprojekt mind. in HZ III gem. § 52 HOAI eingeordnet • Die Inbetriebnahme des Referenzprojektes ist zum Zeitpunkt der Bekanntmachung abgeschlossen und liegt nicht länger als 7 Jahre zurück. • Es wurden mind. die Leistungsphasen 2 – 3 mit Nachweis der Erdbbensicherheit für Erdbbenzone 2 vollständig selbst erbracht. • Vergleichbare Größenordnung (Kostengruppen 300 + 400) mind. 2,5 Mio. € netto 1 vergleichbares Objekt: 20 Punkte Bewertung: In jeder Kategorie (Referenzobjekt 1 und 2) kann nur ein passendes Referenzobjekt angegeben werden. Damit können pro Kategorie maximal 20 Punkte erreicht werden. Die maximale Punktzahl von 40 Punkten wird erreicht, wenn für jede Kategorie ein passendes Referenzobjekt angegeben wurde. Doppelnennungen sind möglich.

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Zuschlagskriterium 2: Technische und Berufliche Leistungsfähigkeit:

Berufserfahrung des Projektleiters (30 %, 30 Punkte)

Beschreibung: Berufserfahrung des Projektleiters: Berufserfahrung des Projektleiters im Bereich Tragwerksplanung: 15% (15 Punkte) Bewertung: 10 Jahre oder mehr: 15 Punkte Unter 5 Jahre: 0 Punkte Werte zwischen 5 und 10 Jahren werden interpoliert: angegebene Berufserfahrung in Jahren / 10 Jahre x 15 Punkte Berufserfahrung des Projektleiters als

Projektleiter: 15% (15 Punkte) Bewertung: 10 Jahre oder mehr: 15 Punkte Unter 3 Jahre: 0 Punkte Werte zwischen 3 und 10 Jahren werden interpoliert: angegebene Berufserfahrung in Jahren / 10 Jahre x 15 Punkte

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Zuschlagskriterium 3: Honorarangebot (30 %, 30 Punkte)

Beschreibung: Honorarangebot – Plausibilität/ Höhe des Honorarangebotes in Relation zum günstigsten Honorarangebot (auf Grundlage des verbindlichen Honorarangebotes) (Gewichtung 30%) Bewertung: Die Bewertung des Zuschlagskriteriums erfolgt nach folgender Berechnungsformel: Die Bewertung des günstigsten Honorarangebotes erfolgt mit 30 Punkten. Die Bewertung der weiteren Honorarangebote erfolgt linear in Relation zum günstigsten Honorarangebot: (günstigstes Honorarangebot / weiteres Honorarangebot) x 30 Punkte. Zwischenwerte werden auf eine Dezimalstelle interpoliert.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 23/07/2024 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E67242286>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E67242286>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 06/08/2024 11:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 6 Monate

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Nicht nachgefordert werden die folgenden Unterlagen:

Teilnahmeantrag Preisblattformular

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 06/08/2024 11:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Antrag auf ein Nachprüfungsverfahren ist nach § 160 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen -GWB- unzulässig, soweit: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt. 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nummer 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt. Auf die grundsätzlichen Regelungen zu Nachprüfungsverfahren in den §§ 155 - 184 GWB wird verwiesen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:
Gemeindeverwaltungsverband Schönau

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:
Gemeindeverwaltungsverband Schönau

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Gemeindeverwaltungsverband Schönau

Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00004459

Postanschrift: Talstr. 22

Stadt: Schönau im Schwarzwald

Postleitzahl: 79677

Land, Gliederung (NUTS): Lörrach (DE139)

Land: Deutschland

E-Mail: info@schoenau-im-schwarzwald.de

Telefon: +49 7673 8204-0

Internetadresse: <https://www.gvvschoenau.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137
Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpk-bwl.de
Telefon: +49 721 926-8730
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. **ORG-0003**

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: ac0eb657-3017-448b-bd1b-9f7c5c7b53a7 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 05/07/2024 10:31:27 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 405695-2024
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 131/2024
Datum der Veröffentlichung: 08/07/2024